

5. SITZUNG DES GEMEINDEPARLAMENTES

Donnerstag, 6. Dezember 2018, Rathaussaal

Vorsitz Elsi Bärlocher (SVP), Präsidentin

Protokoll Reto Marty, Gemeindeschreiber

Büro Alexandra Beck (CVP), Vizepräsidentin

Markus Schönholzer (FDP), Stimmenzähler

Fritz Streuli (SP), Stimmenzähler

Zeit 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr

Appell

Gemeindeparlament

anwesend 29

entschuldigt 1

Gemeinderat

anwesend 6 entschuldigt 1

Traktandenliste

- 1. Genehmigung der Traktandenliste
- 2. Budget über den Allgemeinen Gemeindehaushalt für das Jahr 2019
- 3. Kredit über Fr. 730'000.00 für die Sanierung Schützenstrasse mit Neubau Trottoir
- 4. "Ortsbuskonzept" Einführung des Ortsbusses Weinfelden für eine Versuchsphase von 5 Jahren
- 5. Verschiedenes

Präsidentin Elsi Bärlocher (SVP) begrüsst die Anwesenden: "Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Parlamentarier, liebe Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Parlamentssitzung. Besonders willkommen heissen möchte ich die interessierten Jungbürgerinnen und Jungbürger, welche sich heute Abend die Zeit genommen haben um von der Tribüne aus einen Einblick in unsere Parlamentssitzung zu

erhalten. Dank den beiden heutigen Schwerpunkttraktanden, Budget 2019 und Konzept "Ortsbus", ist sichergestellt, dass es eine lebhafte Debatte geben wird und sie so 1 zu 1 miterleben können, wie lebhaft über Themen diskutiert und Entscheide gefasst werden. Es wäre schön, wenn Sie vom Miterleben des Ratsbetriebes angesteckt und motiviert ihre neu erworbenen Rechte und Pflichten aktiv wahrnehmen. Sie haben so die Möglichkeit Verantwortung zu übernehmen, mitzugestalten und wer weiss, vielleicht steht sogar ihr Name einmal auf einer Wahlliste und sie sitzen anschliessend auf einem dieser Plätze.

Zwei Lernende der Gemeindeverwaltung Weinfelden sind ebenfalls heute Abend Zaungäste. Auch für sie ist es wichtig, die demokratischen Abläufe auf Gemeindeebene kennen zu lernen.

Da unsere Sitzung einiges an Diskussionsstoff bietet, möchte ich nicht noch länger werden und bitte den Ratssekretär um den Namensaufruf."

1. Traktandenliste

Präsidentin: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2. Budget über den Allgemeinen Gemeindehaushalt für das Jahr 2019

2.1. Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

2.2. Vorbemerkungen

Das Referat des Kommissionspräsidenten Simon Wolfer (CVP) liegt dem Protokollführer schriftlich vor. Es wird daher im Wortlaut wiedergegeben:

Kommissionspräsident: Die Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Susanna Brüschweiler (EVP), Martin Müller (GP), Steven Müller (JA; Vizepräsident), Markus Rizzolli (SVP), Marcel Tanner (FDP), Stefan Wolfer (SVP) und Simon Wolfer (CVP; Präsident), hat das vorliegende Budget 2019 an vier Sitzungen diskutiert und beraten. Gemeindepräsident Max Vögeli informierte die Kommission an der ersten und dritten Kommissionssitzung. Der Leiter der Finanzverwaltung, Erwin Wagner, nahm an den ersten drei Kommissionssitzungen teil und beantwortete der Kommission diverse Detailfragen und erläuterte finanztechnische Hintergründe. Die von der Kommission dem Gemeinderat gestellten Fragen wurden, wenn auch teilweise auf zweite Nachfrage, allesamt beantwortet und der Kommission wurde umfassende Akteneinsicht erteilt.

Dieser Bericht stellt eine Zusammenfassung einzelner ausgewählter Themengebiete, Anregungen und Fragen dar, welche die Kommission bearbeitet hat. Er enthält klärende Hinweise an die Mitglieder des Gemeindeparlaments sowie Empfehlungen und Erwartungen an den Gemeinderat und an die Gemeindeverwaltung. Dem Gemeindeparlament wurde das 16-seitige Protokoll der zweiten Kommissionssitzung mit den vom Gemeinderat beantworteten zahlreichen Fragen vorgängig ausgehändigt. Deshalb gehe ich in diesem Bericht nur noch auf einzelne ausgewählte oder ergänzende Punkte ein.

Das vorgelegte Budget 2019 basiert auf folgenden Grundlagen:

- Gemeindesteuerfuss: 60 %.
- Abschreibungen des Verwaltungsvermögens: im Rahmen der Vorgaben HRM 1 resp. für die Investitionen seit 2016 auf HRM 2.
- Kein Teuerungsausgleich bei den Besoldungen.

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2019 budgetiert bei einem Aufwand von Fr. 32'437'000.00 einen Aufwandüberschuss von Fr. 448'500.00. Das Investitionsbudget weist Nettoinvestitionen von Fr. 2'915'000.00 aus.

Die Finanzverwaltung rechnet damit, dass die gute Steuerkraft bei den natürlichen Personen gehalten werden kann und die Steuererträge insbesondere bei den juristischen Personen etwas ansteigen werden.

Am 21. August 2018 hat der Gemeinderat den - auch von der Kommission seit längerem gewünschten - Beschluss betreffend die von den Vorgaben von HRM2 abweichenden oder ergänzenden Abschreibungen für Anlagen gefasst. Gemäss diesem Beschluss wird einzig bei den Tiefbauten von den Vorgaben abgewichen, indem die Tiefbauten jährlich mit 3 % anstatt 2.5 % und somit über 33 anstatt 40 Jahre abgeschrieben werden. Für zusätzliche Abschreibungen bei der Gewinnverwendung gilt neu folgende Regelung: Bei einem positiven Rechnungsabschluss werden mindestens 50 % des realisierten Gewinns für zusätzliche Abschreibungen verwendet, sofern der Bilanzüberschuss (299) einen Bestand von Fr. 5.0 Mio. hat. Die restlichen maximalen 50 % werden für Vorfinanzierungen oder als Einlage in den Bilanzüberschuss eingesetzt.

Fritz Streuli (SP): Einige von ihnen mögen mein Anliegen als "nicht der Rede wert" beurteilen – ich bin aber der Ansicht, dass in unserem Gemeindebudget – welches notabene öffentlich publiziert wird – neben den Zahlen auch der Text richtig sein sollte.

In der Einleitung auf Seite 1, 4. Zeile, steht geschrieben, dass die Kosten im Sozialbereich weiter ansteigen würden.

Dies mag in den Budgets der vergangen Jahre zutreffend gewesen sein; für das uns heute Abend vorliegende stimmt die Aussage hingegen nicht.

Wie Sie auf Seite 4, Bereich 5 "Soziale Sicherheit", entnehmen können, erhöhen sich die Kosten für nächstes Jahr gerade mal um 0.46 % oder Fr. 16'000.00. In den detaillierten Zahlen auf Seite 56 + 57, im Abschnitt 57 "Sozialhilfe und Asylwesen" werden für kommendes Jahr gar Fr. 48'600.00 weniger ins Budget eingestellt.

Ich stelle hiermit den **Antrag**, im einleitenden Text auf Seite 1 die Aussage - <u>"steigen die Kosten im Sozialbereich weiter an" - zu streichen</u>.

Kommissionspräsident: Der Text könnte sicher geändert werden.

Gemeindepräsident Max Vögeli: Wir werden den Text anpassen. Die Kosten verschieben sich ein wenig vom einen Aufwandskonto zum anderen. Es wird insgesamt mit höheren Unterstützungsbeiträgen, aber auch mit mehr Rückzahlungen

gerechnet. Wir passen den Text so an, dass es heisst, die Kosten bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Fritz Streuli (SP): Mit dieser Zusage ziehe ich meinen Antrag zurück.

Keine weiteren Bemerkungen.

2.3. Budget der Erfolgsrechnung 2019

0 Allgemeine Verwaltung

Konto 0110 3000.01 Gemeindeparlament / Kommissionen

Die Kommission rechnet damit, dass im Jahr 2019 für parlamentarische Kommissionen höhere Kosten anfallen werden als budgetiert. Gegenwärtig arbeiten zwei ad-hoc eingesetzte Kommissionen (Revision Geschäftsordnung und Einbürgerungsreglement) und auf den 1. Juni 2019 wird zudem die ständige Einbürgerungskommission eingesetzt. Demnächst vorgesehen ist die Erarbeitung resp. Überarbeitung von baurechtlichen Nebenerlassen und schliesslich arbeitet eine parlamentarische Arbeitsgruppe an der Personalreglementierung.

Konto 0221 Kanzlei

Die im Kommentar erwähnten Einsparungen bei der Besoldung werden durch die Überarbeitung des Auftritts der Stadt Weinfelden (corporate design) wettgemacht. Die Kommission erwartet, dass insbesondere Beschriftungen etc. schrittweise, etwa beim Ersatz von Fahrzeugen, ersetzt werden. Aus Sicht der Kommission ist es nicht dringlich, sofort und durchgehend eine neue corporate design zu haben.

Claudia Bieg (SP): Ich habe festgestellt, dass die Stelle des Gemeindeweibels aufgehoben werden soll. Walter Reinhart erfüllt neben seinen Aufgaben noch die Funktion, dass er eine Ansprechperson der Gemeinde ist, wie ein Auskunftsbüro auf zwei Beinen. Wenn er wegfällt, fehlt etwas. Es wäre schön, es gäbe wieder eine Anlaufstelle, z. B. könnte ein Bürgerbüro oder ähnliches eingerichtet werden. Das wäre eine gute Idee.

Keine weiteren Bemerkungen

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Konto 1500 Feuerwehr

Die Kommission besuchte Ende Oktober die Feuerwehr und liess sich von Ressortvorsteher Hans Eschenmoser und Feuerwehrkommandant Stefan Jünger insbesondere die Finanzplanung sowie den Budget- und Abrechnungsprozess zeigen und erklären. Zahlreiche offene Fragen von Kommissionsmitgliedern wurden geklärt und die Kommission konnte ihre Anliegen, insbesondere den sparsamen Umgang mit den Ersatzabgaben, direkt und mit konkreten Anwendungsbeispielen deponieren.

Keine weiteren Bemerkungen

3 Kultur, Sport und Freizeit

Konto 3412 3130.05 Hallenbad / Dienstleistungen Informatik

Die Kommission diskutierte die Notwendigkeit des budgetierten Bahn-Reservationssystems mit einem Infopanel im Hallenbad. Zu begrüssen ist, dass bei den Reservationsgebühren eine Lösung gefunden werden konnte, die für die Vereine moderat ausfällt. Es ist auch für die Zukunft im Auge zu behalten, dass die Rettungsund Schwimmvereine auch beträchtliche ehrenamtliche Leistungen für das Gemeinwohl erbringen.

Den Antrag eines Kommissionsmitglieds auf ersatzlose Streichung dieser Position lehnte die Kommission knapp ab.

Konto 3421 3140.02 Gemeindegärtnerei, Parkanlagen / Baulicher Unterhalt

Der Idee, die Fahrzeugflotte der Gemeindegärtnerei mittelfristig durch Elektroautos zu ersetzen und deshalb auf dem Betriebsgebäude der Gemeindegärtnerei rein für den Eigengebrauch eine Photovoltaikanlage zu erstellen, steht die Kommission nicht prinzipiell entgegen. Die Kommission vermisst aber eine klare Strategie im Bereich gemeindeeigener Energieerzeugung. Bislang verfolgte der Gemeinderat die Strategie, keine eigenen Photovoltaikanlagen zu erstellen. Ob diese Photovoltaikanlage der Gemeindegärtnerei eine einmalige Ausnahme davon darstellt oder ob sie zu einem Strategiewechsel führt, und falls ja, mit welchen Kriterien, kann die Kommission nicht erkennen. Der Preis für spezielle Elektrofahrzeuge, wie sie die Gemeindegärtnerei benötigt, dürfte sodann gegenwärtig noch erheblich teurer sein als Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach einem ausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die geplante Photovoltaikanlage und die Ersatzbeschaffung durch ein Elektrofahrzeug wurde deshalb in der Kommission kontrovers und kritisch diskutiert.

Manuel Strupler (SVP): Der Präsident hat es angetönt, was auch mir aufgefallen ist. Hat der Gemeinderat einen Strategiewechsel vollzogen. Bislang hat es immer geheissen, es werden selber keine Anlagen gebaut. Die Gemeinde hat nicht die Aufgabe einen Energieproduzenten. Geeignete Flächen werden der TBW AG oder dem Solarpool etc. zur Verfügung gestellt. Ich bin der Meinung, dass die Nutzfahrzeuge in diesem Bereich noch nicht so weit sind und eher zugewartet werden soll. Es ist sehr vage oder sehr zukunftsorientiert, selber Strom für das Nutzfahrzeug produzieren zu wollen, da der Strom ja nicht gespeichert werden kann. Somit könnte auf die Anlage auf dem Dach verzichtet werden. Ich fände es besser, wenn verzichtet würde. Es ist nicht nötig, ein Musterprojekt zu machen. Aus meiner Sicht hätte ein Zusammenschluss von Gärtnerei und Werkhof Sparpotential. Ich stelle deshalb den Antrag, die Position 3421.3140.02 ersatzlos zu streichen.

Peter Büchel (CVP): In der Nacht, dann wenn die Ladung vor allem erfolgen muss, scheint die Sonne nicht, das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist wahrscheinlich schwierig. Könnte allenfalls ein anderes Dach genommen werden?

Martin Müller (GP): Es ist gut, dass ein Vorschlag gemacht wird, wie weniger Energie gebraucht werden könnte. Die welche gebraucht wird, kann trotzdem direkt von der Sonne bezogen werden. Im Sommer scheint die Sonne sicher bis 20.00 Uhr. Die Gleichzeitigkeit im Sommer funktioniert auf jeden Fall. Es kann schon gesagt werden, es ist zu teuer. Die fossile Energie geht aber direkt als CO2 in die Luft. Die Gemeinde muss doch fortschrittlich sein. Es kann vorausgegangen werden. Es kommt dem Steuerzahler nicht darauf an, ob die TBW zahlt oder die Gemeinde.

Manuel Strupler (SVP): Mit der Streichung wird auf das eigene Erstellen der Anlage verzichtet. Ich habe nicht die Streichung der Anschaffung des E-Fahrzeugs verlangt. Es soll aber auf das Dach verzichtet werden. Ich bin auch der Meinung, dass eher in grössere Anlagen investiert werden sollte. Vielleicht würde sich beispielsweise das Dach des Freibades eigenen. Zudem ist die Gemeinde Alleinaktionär bei der TBW AG. Wenn also die Anlage durch die TBW AG gebaut werden soll, kann dies der Gemeinderat dort erwirken.

Martin Müller (GP): Es ist schön mit den guten Vorschlägen. Der Gemeinderat hätte den Auftrag, der TBW den Auftrag zu geben. Das ist aber beim Antrag nicht gekommen, es geht dabei nur ums Streichen. Das ist eine spezielle Taktik. Die Energiestrategie wurde vom Stimmvolk mit 58 % angenommen. Wenn das Volk ernst genommen wird, lehnen wir den Streichungsantrag ab.

Fritz Streuli (SP): Ich bin überzeugt, dass es der Gemeinderat nochmals gut ansehen wird, ob es die Gemeinde selber machen soll oder die TBW. Sollte der Gemeinderat zum Schluss kommen, dass es die bessere Lösung ist, wenn es die TBW macht, kann dies immer noch gemacht werden. Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen und den Betrag stehen zu lassen. Der Gemeinderat hat dann alle Optionen und kann die bessere Lösung realisieren.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Die Photovoltaikanlagen sind ein Thema, das gut angesehen werden muss. Energie aus Windrädern kann bei uns vergessen werden. Wir können uns nur auf Photovoltaik stützen. Bei der Wasserkraft wird es auch schwierig, wenn wir den vergangenen Sommer ansehen. Über Photovoltaik kommt auch nur etwas, wenn die Sonne scheint, aber die Wahrscheinlichkeit ist hier am grössten. Wir weichen von der Strategie ab. Es wurde schon befürchtet, dass dies moniert wird. Es wird immer sehr ernst genommen was gesagt wird. Die TBW und der Solarpool sind eine sehr aute Sache. Beim vorliegenden Proiekt wurde auch aufgrund der Grösse gedacht, es könnte selber gemacht werden. Die TBW hat den Kreditrahmen für die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen noch nicht ausgereizt. Wir werden das Gespräch mit der TBW AG nochmals suchen. Ich bitte Sie trotzdem um Nichtstreichung, es muss vorwärts gemacht werden. Es kann nicht sein, dass wir am Schluss Kohlestrom importieren müssen. Wenn es nicht gelingt mit der TBW soll es selber gebaut werden können. Zudem bin ich froh, dass der Kredit für das Auto nicht in Frage gestellt wird. Auch bei diesem gibt es Hoffnung, dass wir im Preis noch etwas günstiger kommen. Das Dach des Freibads wird auch angesehen. Es wird auch sonst immer nach geeigneten Dächern Ausschau gehalten.

Das Wort wird nicht mehr verlangt:

Abstimmung

Der Antrag das Konto 3421.3140.02 zu streichen wird mit 20/6 abgelehnt.

Keine weiteren Bemerkungen

4 Gesundheit

Die Kosten im Bereich der Gesundheit steigen weiter an. Die Beiträge Langzeitpflege in Pflegeheime müssen nach Vorgabe des Kantons deutlich höher budgetiert werden als im Vorjahr, ebenso die Prämienverbilligungsbeiträge an den Kanton (Konto 5120 3631.10). Der Beitrag an den Verein SPITEX dürfte im laufenden Jahr 2018 erheblich höher sein als budgetiert. Vor diesem Hintergrund scheint auch der für das Jahr 2019 budgetierte Betrag von Fr. 800'000.00 eher knapp bemessen zu sein.

Keine weiteren Bemerkungen

5 Soziale Sicherheit

Keine Bemerkungen.

6 Verkehr

Konto 6150 3141.40 Gemeindestrassen / Strassensanierungen

In diesem Konto wird ein Globalbeitrag von Fr. 550'000.00 für gebundene Strassensanierungen eingestellt. Dieser gibt dem Gemeinderat einen Spielraum, nötige Sanierungen durchzuführen, wobei die geplanten Strassenabschnitte jeweils im Kommentar angegeben werden.

Der Antrag eines Kommissionsmitglieds, diesen Betrag auf Fr. 450'000.00 zu kürzen, wurde grossmehrheitlich abgelehnt. Die Kommissionmehrheit ist der Meinung, dass im Jahr 2019 nicht übermässige Sanierungen vorgesehen sind, auch zumal Fr. 50'000.00 weniger budgetiert wird als zum Beispiel im Vorjahr.

Konto 6150 3141.42 Gemeindestrassen – Oberflächenbeläge Strassen

Über dieses auf das Jahr 2018 neu geschaffene Konto berichtete die Kommission bereits im Vorjahr. In diesem Jahr hat die Kommission dieses Konto mit dem Finanzchef Erwin Wagner und dem Chef Tiefbau, Roger Weber, besprochen und folgende Regelung getroffen:

Oberflächenbeläge, die bei Strassenbauten oder -sanierungen vor dem Jahr 2017 bis heute noch nicht erstellt wurden, werden weiterhin über dieses separate Konto abgerechnet. Bis sämtliche dieser "Altlasten" erledigt sind, wird der Kommission jeweils mit dem Budget der Stand und das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Erledigung dieser Pendenzen aus früheren Jahren mitgeteilt.

Weiter werden über dieses Konto künftig Sanierungen von Oberflächenbelägen verbucht, die nicht mit Strassenbauten der Investitionsrechnung im Zusammenhang stehen. Das sind beispielsweise Oberflächenbeläge, die im Zuge einer Sanierung aus dem erwähnten Globalkonto (6150 3141.40) nicht im laufenden Jahr aufgetragen werden konnten oder Oberflächenbeläge, die bei einer unvorhergesehenen Öffnung der Strasse über einen längeren Abschnitt neu auftragen werden müssen.

Kosten für Oberflächenbeläge im Zusammenhang mit Strassenprojekten, die in der Investitionsrechnung verbucht werden, z.B. Neubauten oder Erweiterungen von Strassen, werden künftig der Investitionsrechnung belastet.

Konto 6150 3141.80 Gemeindestrassen / Konzept Langsamverkehr Umsetzung

Bei diesem Konto für Umsetzungen aus dem Konzept Langsamverkehr sind für das Jahr 2019 Fr. 100'000.00 weniger budgetiert als im Vorjahr. Gemäss Auskunft des Gemeinderats erfolgte diese Kürzung auf Antrag der Bau- und Strassenkommission, weil einige Langsamprojekte über Investitionsprojekte finanziert werden. Insgesamt dürfte somit gemäss Gemeinderat deutlich mehr als Fr. 200'000.00 in die Umsetzung von Langsamverkehrsprojekten investiert werden. Einen Antrag auf Erhöhung dieser Budgetposition um Fr. 100'000.00 auf Fr. 200'000.00 lehnte die Kommission ab.

Martin Müller (GP): Ich stelle zwei Anträge der Kommissionsminderheit, die eine Verschiebung bei zwei Konten zur Folge haben, die Höhe der Ausgaben bleibt unter dem Strich jedoch die gleiche. Für die drei Konten 6150.3141.50, 6150.3141.41 und 6150.3141.42 sollen im Jahr 2019 insgesamt Fr. 910'000.00 ausgegeben werden. Im Jahr 2017 wurden Fr. 760'000.00 ausgegeben, was einer Steigerung von Fr. 150'000.00 für die Jahre 2018 und 2109 gleichkommt. Begründungen dazu sind Altlasten bei den Oberflächenbelägen, die uns noch eine Weile begleiten werden. Auf der anderen Seite soll das Konto 6150.3141.80 für die Umsetzung des Konzepts Langsamverkehr gegenüber dem letzten Jahr um Fr. 100'000.00 gekürzt werden. Vor ein paar Jahren wurde das Budget auf dieser Position nicht aufgebraucht, das noch zu wenige Projekte spruchreif waren. Jetzt sind aber mindestens vier Projekte umsetzungsreif und noch weitere 10 Projekte stecken in der Pipeline. Eine Kürzung würde also den Spielraum für die Usetzung des Langsamverkehrsprojekts empfindlich einschränken. Die Prioritäten wurden falsch gesetzt. Ich stelle deshalb die beiden Anträge: Das Konto 6150.3141.40 Gemeindestrassen – Strassensanierungen soll um Fr. 100'000.00 gekürzt werden, damit es noch Fr. 450'000.00 beträgt. Das Konto 6150.3141.80 Gemeindestrassen – Konzept Langsamverkehr Umsetzung soll um Fr. 100'000.00 erhöht werden, damit es Fr. 200'000.00 beträgt. Es ist ein behördenverbindliches Konzept. Der Gemeinderat setzt es um, wenn die Strassen saniert werden. Die wichtigsten Punkte des Konzepts sind noch nicht angegangen worden. Die Begegnungszone im Zentrum und die Tempo-30-Zone auf der Bahnhof-Lager- und Felsenstrasse. Erst wenn diese Punkte umgesetzt sind, kann aus unserer Sicht über die Reduktion des Budgets für den Langsamverkehr gesprochen werden. Wir bitten sie deshalb, unsere Anträge zu unterstützen.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Als Stellvertreter des abwesenden Gemeinderats Walter Strupler antworte ich auf die Anträge. Es ist eine eher komplizierte Angelegenheit. Beim Globalkonto hat es verschiedene Positionen drin, die auch dem Langsamverkehr zu Gute kommen. Es kann jeweils auch nicht alles erledigt werden, was da aufgeführt wird, da auch Abhängigkeiten mit den Arbeiten der TBW AG bestehen. Es braucht deshalb einigen Spielraum. Es macht keinen grossen Sinn, die Verschiebungen vorzunehmen, es fliessen sicher Mittel in die Verbesserung des Langsamverkehrs. Wir brauchen auch die nötige Manpower, die Projekte umsetzen zu können. Wir sind bereits stark ausgelastet. Es ist eine langfristige Sicht.

Abstimmung

Der Antrag, das Konto 6150.3141.40 Gemeindestrassen – Strassensanierungen soll um Fr. 100'000.00 gekürzt werden, damit es noch Fr. 450'000.00 beträgt wird mit 9/16 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Das Konto 6150.3141.80 Gemeindestrassen – Konzept Langsamverkehr Umsetzung soll um Fr. 100'000.00 erhöht werden, damit es Fr. 200'000.00 beträgt wird mit 8/18 Stimmen abgelehnt.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Konto 7201 4500.00 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

Nachdem für die Abwasserbeseitigung eine weitere Entnahme aus der Spezialfinanzierung geplant ist, drängt es sich auf, eine längerfristige Strategie bezüglich dieser Finanzierung zu planen und gegebenenfalls die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu überarbeiten. Die Kommission erwartet, dass der Gemeinderat dies in die Legislaturziele der kommenden Amtsdauer aufnimmt. **Reto Frei** (GP): 7690.3132.00, Energieberatung, was beinhalten die Fr. 55'000.00 genau, beziehungsweise was wird damit gemacht? Es gibt keine schriftlichen Informationen dazu. Ich rege an, dass die Energieberatung einen schriftlichen Bericht über ihre Arbeiten abgeben soll.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Wir verfügen über eine sehr effiziente Energieberatung. Es war ein guter Entscheid, diese auszulagern. Es gibt eine Leistungsvereinbarung mit der TBW AG. Diese wurde gerade angepasst. Es wurde so angepasst, dass das Geld der Gemeinden direkt zur Anbieterin geht. Es gibt keine Pauschalen mehr. Es wird nur noch bezahlt, wenn Leistung erbracht wird. Es wird ein Bericht zu Handen des Kantons erstellt, die Arbeiten werden rapportiert. Wir werden uns Mühe geben, dass dies auch im Geschäftsbericht der Gemeinde Weinfelden aufgeführt wird.

Keine weiteren Bemerkungen.

8 Volkswirtschaft

Manuel Strupler (SVP): Ich stelle keinen Antrag, ich möchte eine Bemerkung abgeben zur Umsetzung der Nutzungsstrategie Ortskern. Ich spüre bei der Umsetzung der Nutzungsstrategie keine richtige Strategie und zu wenig Führung. Am Anfang hiess es, der Gemeinderat sei ganz nahe dran, da habe ich meine Bedenken. Die Umsetzung sollte allenfalls auch etwas geöffnet werden. Es ist rollend und die Vorgaben müssen allenfalls auch etwas angepasst werden. Zudem bin ich der Meinung, dass in der Gemeinde an verschiedenen Stellen Merketing gemacht wird, dies sollte mehr zusammengeführt, bzw. es sollte mehr zusammengearbeitet werden. Dies ist auch für die Zukunft bzw. Weiterführung der Stelle wichtig. Es hat sehr gute Leute bei der Verwaltung, die Führung und Zusammenarbeit muss aber noch besser werden. Ich behalte mir einen Vorstoss dazu vor.

9 Finanzen und Steuern

Es ist erfreulich, dass insbesondere bei den Steuern der juristischen Personen mit einem Anstieg der Steuererträge gerechnet werden kann.

Reto Frei (GP): Ich habe eine Bemerkung zum Konto 0292.3101.98. Ich zweifle den Aufwand für einen Verpflegungsautomaten an, solche Sachen müssen hinterfragt werden. Braucht es das wirklich? Könnten die Mitarbeitende sich nicht auch anderweitig verpflegen und damit beispielsweise noch Detaillisten im Zentrum berücksichtigen?

Keine weiteren Bemerkungen

2.4. Budget der Investitionsrechnung

Generell ist darauf hinzuweisen, dass voraussichtlich per 1. Juni 2019 die revidierte Gemeindeordnung in Kraft treten wird, mit welcher sich die Kreditkompetenzen ändern. Waren bis anhin Kredite von mehr als Fr. 100'000.00 vom Gemeindeparlament zu bewilligen, werden dies künftig nur noch Kredite von mehr als Fr. 200'000.00 sein. Davon betroffen ist beispielsweise der Projektierungskredit Bürglenstrasse von Fr. 180'000.00 (Konto 6150 5010.14). Der Gemeindepräsident hat der Kommission versichert, dass sämtliche Kreditvorlagen im Jahr 2019 nach den

heute geltenden finanziellen Kompetenzen behandelt werden, so auch wenn die entsprechenden Beschlüsse erst nach dem 1. Juni 2019 gefasst werden.

Konto 3415.5040.00 Sportanlagen / Sanierung Sporthalle

Die Kommission hat den im Investitionsbudget eingestellten Projektierungskredit für die Sanierung der Sporthalle Güttingersreuti eingehend diskutiert. Mit der Bewilligung dieses Kredits im Budget gibt das Gemeindeparlament nun grünes Licht, die Sanierung der Sporthalle an die Hand zu nehmen. Über die definitive Ausführung wird das Gemeindeparlament voraussichtlich über das Budget 2020 respektive im Rahmen einer Kreditvorlage zu befinden haben. Angesichts der politischen Tragweite dieses Geschäfts empfiehlt die Kommission dem Gemeinderat, dem Gemeindeparlament nach erfolgter Projektierung eine Kreditvorlage zu unterbreiten, auch wenn wesentliche Teile davon gebundene Ausgaben betreffen dürften.

Bei der Projektierung ist es der Kommission wichtig, dass die Ergebnisse aus dem in Kürze fertiggestellten Güttikonzept einfliessen werden. Vor diesem Hintergrund soll die Projektierung der Hallensanierung nicht vor der Verabschiedung und abgeschlossener Vernehmlassung des Güttikonzeptes in Auftrag gegeben werden.

Einen Antrag auf ersatzlose Streichung dieses Projektierungskredits lehnte die Kommission ab. Die Kommission bedauert, dass das Güttikonzept heute noch nicht vorliegt. Zudem wünscht sich die Kommission ein Konzept über alle Anlagen.

Fritz Streuli (SP): Vielen Dank an den Gemeinderat, dass er so klar kommuniziert, dass er für das ganze Jahr die "alten Finanzkompetenzen" einhalten wird. Es wird 2019 noch Botschaften an das Parlament ab Fr. 100'000 geben und Volksabstimmungen ab Fr. 800'000.00.

Alexandra Beck (CVP): Ich beziehe mich auf das Konto: 7410.5020.11. Schon seit Jahren wird das Konzept Öffnung und Renaturierung des Giessens vom Gemeinderat immer wieder verschoben. Dennoch wird jetzt mit einem Projekt Fussweg Giessen vom Sonnenwinkel bis zur Rathausstrasse wieder ein "Fragment direkt am Giessen" in Angriff genommen und ein weiteres "Kleinprojekt" bearbeitet. In einer vorausgehenden Anfrage an Walter Strupler zu diesem Thema habe ich vernommen, dass die Berichte und Untersuchungen des Amt für Umwelt Abteilung Wasserbau jetzt studiert und Grundsatzentscheide gefällt werden müssen, die für das weitere Vorgehen im Projekt "Renaturierung Giessen" von grosser Bedeutung sind und dann im 2019 ausgeschrieben werden. 2015 hat der Gemeinderat in der Antwort auf die Motion Büchel folgende Aussage gemacht: Ein Konzept soll mögliche Realisierungsetappen aufzeigen, Kostenschätzungen machen und Empfehlungen abgeben, in welcher Reihenfolge die abschnittsweise Umsetzung erfolgen kann, Ich hoffe nun wirklich sehr fest, dass wir spätestens im 2019 zum Projekt "Renaturierung Giessen" vom Gemeinderat mehr und auch einmal etwas Detaillierteres zu hören bekommen

Adrian Caramaschi (SP): Für die Bürglenstrasse sind wieder Fr. 180'000.00 eingesetzt. Es wird eine Botschaft dazu geben. Ich bin Anwohner und muss sagen, dass es einen starken Schwerverkehr gibt. Es wird sich gewehrt gegen den Ausbau. Es wären hohe Kosten und eine grosse Fläche, die geteert werden soll. Gemeinderat Walter Strupler hat gut darauf reagiert, dass der bestehende Weg genutzt werden könnte. Walter Strupler wird alles Versuchen, was in seiner Macht ist, diese Alternative umzusetzen. Ich will dies hier erwähnen, damit auch der Nachfolger von Walter Strupler bereits daran erinnert wird. In der Zwischenzeit soll ausgelotet werden, wie es gemacht werden könnte.

Martin Müller (GP): Ich komme zurück auf die Sporthalle. Ich stelle nochmals den Antrag der Kommissionsminderheit zu Konto 3415.5040.00. Das Güttikonzept 2020 ist noch nicht fertig. Trotzdem sind Fr. 50'000.00 im Budget für die Projektierung, das ist der Entscheid, die Halle zu sanieren. Der Gemeinderat ist sich aber nicht einig. Ich stelle den Antrag, bei Konto 3415.5040.00, den Planungskredit für die Sanierung der Sporthalle im Betrag von Fr. 50'000.00 zu streichen, damit das Konto Fr. 0.00 beträgt. Der Entscheid, ob es eine Sanierung oder einen Neubau gibt, soll nach dem Güttikonzept gefällt werden.

Manuel Strupler (SVP): Ich empfehle den Antrag von Martin Müller zur Ablehnung. Bei diesem Thema ist nicht alles glücklich gelaufen. Aber wenn der Kredit wieder gestrichen wird, geht es wieder nicht weiter. Das Konzept muss vorangetrieben werden. Es wird dem Gemeinderat zugetraut, dass es koordiniert wird. Der Gemeinderat kann nicht planen, wenn es jetzt gestrichen wird. Über die Sanierung kommt dann eine Vorlage ins Parlament, die diskutiert werden kann. Es muss doch vorwärts gemacht werden können.

Marcel Tanner (FDP): Die Kommissionsmehrheit hat sich in der Frage des Projektierungskredits dafür ausgesprochen. Beim Giessen geht es bei den Abklärungen des Amts für Umwelt um die Gefahren, die vom Giessen ausgehen und um Abklärungen im gewässerrechtlichen Bereich. Die Basis für die Weiterführung der Arbeiten besteht nun. Das ist nun die Basis.

Fritz Streuli (SP): Ich bin ein Stück weit einig mit den Aussagen von Manuel Strupler. Das Konzept sollte kommen. Im Verlauf der nächsten Monate soll es bereits in die Vernehmlassung gegeben werden. Das braucht ja noch eine Weile Zeit. Wenn der Projektierungskredit heute gestrichen wird, würden bis zum nächsten Budget nur ein paar Monate verloren gehen. Auf diese Monate kommt es jetzt einfach nicht mehr an. Sollte das Konzept ergeben, dass die Sanierung falsch ist, könnten wir noch reagieren. Dem Antrag Müller soll deshalb zugestimmt werden.

Markus Rizzolli (SVP): Fritz Streuli hat den Aspekt Zeit ins Spiel gebracht. Das Konzept kommt und muss danach umgesetzt werden. Was wird in den Jahren gemacht die dazwischen liegen? Es geht mehrere Jahre bis eine neue Halle gebaut werden könnte, deshalb muss die alte Halle saniert werden. Die Zeit wird sowieso gebraucht, die Halle kann nicht noch 10 Jahre in diesem Zustand weiterbetrieben werden. Die Heizungen und Lüftungen etc. müssen jetzt angesehen werden.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Die Sanierung der Halle trifft das Güttikonzept nur am Rande. Das Konzept sieht den Erhalt der Halle vor. Das Konzept ist im Endstadium und wird Anfang 2019 rausgegeben. Es sollte projektiert werden können, was mit den Garderoben und mit dem Kraftraum und dem Office passiert. Die Sanierung der Haustechnik drängt. Gibt es dort Ausfälle wird es schwierig, beziehungsweise teuer. Diese Fragen müssen angesehen werden. Der Kredit wird gebraucht. Es braucht genügend Vorlaufzeit, es machen zu können. Die Schule muss die Halle auch nutzen können. Aus der Projektierung muss herausgehen, welcher Investitionsbedarf danach besteht. Dieser Kredit wird dann dem Parlament vorgelegt.

Bezüglich dem Votum von Adrian Caramaschi ist Walter Strupler in Kontakt mit den Grundeigentümern. Wenn es einfachere Lösungen gibt, sollen diese vollzogen werden.

Claudia Bieg (SP): Wo werden Informationen zum Güttikonzept gefunden?

Gemeinderat Valentin Hasler: Ich unterstütze das Votum von Gemeinderat Thomas Bornhauser. Im März soll das Konzept der Sportkommission vorgelegt werden. Das

Vorgehen wurde auch in der Interpellationsbeantwortung beschrieben. Der Gemeinderat hat den Entscheid zur Sanierung grundsätzlich gefällt. Es gibt keinen Mehrbedarf für die Halle. Die Schulen brauchen nicht mehr Tagesnutzung und auch der Vereinssport ist genügend abgedeckt. Es sind Fragen bezüglich der Garderoben und anderer Bedürfnissen vorhanden. Bei der Sanierung sollen gewisse Punkte angegangen werden. Ich bitte sie um Ablehnung des Antrags zur Streichung. Es geht sonst wieder ein Jahr verloren.

Abstimmung

Der Antrag, bei Konto 3415.5040.00, den Planungskredit für die Sanierung der Sporthalle im Betrag von Fr. 50'000.00 zu streichen, damit das Konto Fr. 0.00 beträgt wird mit 6/19 Stimmen abgelehnt.

Präsidentin: Sie haben die Voranschläge 2019 durchberaten, gibt es Rückkommensanträge?

Martin Müller (GP): Es ist kein Antrag zum Budget, nur eine Anregung zu Konto 6190.3144.00. Seit diesem Jahr gibt es eine PV-Anlage auf dem Dach, erstellt durch die TBW. Die alte Gasheizung soll aber wieder durch eine Gasheizung ersetzt werden. Die GPK fragte wieso, und die Antwort liess darauf schliessen, dass keine Alternative angesehen wurde. Eine Luft-Wasser-Wärme-Pumpe Heizung würde den Strom vom Dach brauchen und stösst kein CO2 aus. Eine solche Heizung bräuchte nicht viel mehr Platz und die Luftansaugung könnte so platziert werden, dass die Geräusche nicht gross stören. Die Investitionskosten für die Heizung sind etwas höher, aber durch die vermiedenen Energiekosten bald wieder kompensiert. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, genau anzusehen, ob nicht eine solche Heizung eingebaut werden könnte.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Vielen Dank für die Anregung und die gute Idee. Leider muss ich eine enttäuschende Antwort geben. Die Heizung musste leider bereits ersetzt werden. Wenn lange gewartet wird, muss es leider manchmal sofort gehen und Alternativen können nicht mehr geprüft werden.

Diskussion wird nicht weiter benutzt.

Schlussbemerkung

Die Kommission hat neben dem Voranschlag auch die vom Gemeinderat beantragte Festsetzung des Steuerfusses auf 60 % beraten.

Die Kommission rechnet damit, dass bei gleichbleibendem Steuerfuss von 60 % trotz prognostiziertem Defizit ein positives Ergebnis möglich sein sollte. Die Kommission beantragt einstimmig keine Veränderung des Steuerfusses.

Empfehlungen der Kommission

- 1. Die Kommission empfiehlt: Es sei der Steuerfuss entsprechend dem Antrag des Gemeinderats bei 60 % zu belassen.
- 2. Die Kommission empfiehlt: Es sei das Budget 2019 zu genehmigen.

2.5. Beschlüsse

- 1. Das Gemeindeparlament genehmigt die Festsetzung des Steuerfusses auf 60 % mit 29/0 Stimmen.
- 2. Das Budget der Politischen Gemeinde Weinfelden für das Jahr 2019 wird mit 29/00 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 29 Ziffer 1 litera a unserer Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

3. Kredit über Fr. 730'000.00 für die Sanierung Schützenstrasse mit Neubau Trottoir

3.1. Eintreten

Michael Wiesli (CVP): Die Fraktionsgemeinschaft ist einstimmig für Eintreten. Nach den Bauten am Bahnhof drängt es sich auf, die Strasse zu sanieren.

Beat Gremminger (SVP): Das Geschäft wurde gut angesehen und von Roger Weber wurden detaillierte Auskünfte erhalten. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Martin Brenner (FDP): Es ist eine Folge des Bahnhofsumbaus. Die FDP-Fraktion ist für die Sanierung und für Eintreten.

Claudia Bieg (SP): Auch die Fraktion SP/GP hat die Vorlage ausführlich diskutiert. Die Ausgestaltung und die Verkehrsberuhigung sind gut. Wir sind ebenfalls einstimmig für Eintreten.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Eintreten ist unbestritten.

3.2. Detailberatung

Michael Wiesli (CVP): Die Sanierung des Strassenabschnitts ist notwendig. Die Frage stellt sich noch ein wenig nach der Sicherheit für Velofahrer und Fussgänger. In gewissen Teilen wird das Trottoir aufgrund der Abgrenzung mit der Dreisteinrinne als Strasse benutzt, wie das auch bei der Frauenfelderstrasse und der Rathausstrasse beobachtet werden kann. Dies ist für Fussgänger und Velofahrer nicht ganz glücklich. Wie kann die Sicherheit hier gewährleistet werden?

Martin Brenner (FDP): Als vor zwei Jahren der Kredit bezüglich die Velonischen behandelt wurde, war die Rede von einer Begegnungszone auf der Schützenstrasse. Wie sieht es diesbezüglich aus?

Claudia Bieg (SP): Auch mich interessiert der Fussgängerschutz, die Dreisteinrinne ist meines Erachtens nicht viel wert. Das Trottoir dahinter wird nicht als geschützter

Bereich angesehen. Die Autos fahren einfach über die Rinne. Es ist gefährlich für die Fussgänger. Mein Vorschlag wäre, das Trottoir farblich abzugrenzen. Ein Auto müsste warten. Auch als Velofahrerin ist die Rinne gefährlich. Es liegt viel Wasser in der Rinne, was zu gefährlichen Situationen führen kann. Ich bitte deshalb um Abklärungen, was anders gemacht werden könnte.

Manuel Strupler (SVP): Bei allen Randsteinen gibt es Probleme für alle Verkehrsteilnehmer. Es stellt sich deshalb schon die Frage nach einer bestimmten Zone.

Reto Frei (GP): In Amriswil gibt es einen guten Lösungsvorschlag, wie das Trottoir ohne Dreisteinrinne vom Fahrbereich getrennt werden kann. Roger Weber hat ja früher dort gearbeitet, er weiss, wie es in Amriswil gemacht wurde.

Arian Caramaschi (SP): Leider müssen ein paar Bäume gefällt werden. Dies müssen unbedingt ersetzt werden. Jeder Baum hilft, gerade auch, wenn es so heisse Sommer gibt wie in diesem Jahr.

Gemeinderat Hans Eschenmoser: Vielen Dank für die gute Aufnahme des Geschäfts. Leider können wir keine Begegnungszone machen, der Kanton hat dies abgelehnt. Es braucht eine beidseitige Belebtheit für eine Begegnungszone. Dies ist bei der Schützenstrasse nicht der Fall. Die Rinnen sind nicht ganz ohne, ein Randstein aber auch nicht. Bei den übrigen Strassen mit Dreisteinrinne in Weinfelden funktioniert es relativ gut.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Für die Bäume, die gefällt werden, werden wieder neue gepflanzt.

Reto Frei (GP): Bezüglich der Rinnenlösung sollte wirklich das Beispiel Amriswil angesehen werden. Dort wurde das Problem sehr gut gelöst.

Martin Müller (GP): Ich gehe jeden Tag über diese Strasse. Vom Bahnhof her kommen zu gewissen Zeiten sehr viele Leute miteinander, es muss klar sein, wo die Leute herkommen und wo sie durchgehen. Es wird auf einen Antrag verzichtet. Es soll aber nochmals über eine Alternative, wie zum Beispiel in Amriswil, nachgedacht werden.

Martin Brenner (FDP): Für mich ist es nicht nachvollziehbar. Auf der Strasse ist es gefährlich, wenn Leute aus dem Bahnhof kommen. Es sollte unbedingt nochmals angesehen werden. Aus meiner Sicht ist die jetzige Lösung zu wenig durchdacht. Es kann ja dann nicht sein, dass Poller gesetzt werden.

Gemeinderat Hans Eschenmoser: Die Begegnungszone wurde beim Kanton abgeklärt und es gab ein Nein. Jetzt hat es auch noch kein Trottoir. Die Situation wird sich mit dem Trottoir verändern. Ob es sicher keine Poller gibt, kann ich heute nicht abschliessend beantworten.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

3.3. Beschluss

Der Kredit über Fr. 730'000.00 für die Sanierung Schützenstrasse mit Neubau Trottoir wird mit 26/1 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 30 der Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

4. "Ortsbuskonzept" Einführung des Ortsbusses Weinfelden für eine Versuchsphase von 5 Jahren

4.1. Eintreten

Susanna Brüschweiler (EVP): Was lange währt, wird hoffentlich gut. Wir sind für Eintreten. Das Konzept zur Einführung des "Ortsbusses" verbunden mit einer 5jährigen Versuchsphase liegt nach einigen Jahren Wartezeit nun vor und weist die sogenannte Bestvariante aus. Die Kosten für diese Versuchsphase liegen, wenn Busse mit Dieselantrieb eingesetzt werden, bei rund 5 Mio. Franken, bei Elektrobussen bei 7 Mio. Franken. Unsere Fraktion hat die Vorlage, und vor allem die Kosten so weit wie möglich geprüft. Es ist für uns gemäss Botschaft nachvollziehbar, dass bei der vorliegenden optimalen Variante für den Versuchsbetrieb die prognostizierten Kosten realistisch sind. In den vergangenen Tagen sind aber weitere Informationen ans Parlament gelangt. Aus ihnen ist ersichtlich, dass die effektiven Kosten schwierig abzuschätzen sind. Da sind einerseits die Betriebskosten, die je nach Grösse der Busse und Dichte des Fahrplans variieren. Dann wissen wir noch nicht, mit welchen Einnahmen zu rechnen ist, wie stark das Angebot des Ortsbusses genutzt wird. Das für die Kosteneinschätzung beauftragte Büro ist bei den Zahlen für die Abstimmungsvorlage von eher ungünstigen Annahmen ausgegangen. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass für die erweiterte Arbeitsgruppe zum Konzept "Ortsbus" die Finanzen kein Thema waren. Bis jetzt war es doch immer ein wichtiges Ziel bei der Bearbeitung eines mit Kosten verbundenen Projektes, ein möglichst gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen. Im vorliegenden Konzept ist dies nicht der Fall. Dieses Ziel sollte aber auch für das Konzept "Ortsbus" realisierbar sein. Es sollte eine grössere Transparenz geben. Es ist für uns schwierig, den Stimmbürgern das Konzept so darzulegen. Die Fraktionsgemeinschaft CVP, EVP JA und EDU beantragt deshalb die Bildung einer parlamentarischen Kommission mit sieben Mitgliedern zwecks Verifizierung der im Konzept ausgewiesenen Kosten und der Prüfung von preisgünstigeren Varianten / Alternativen, wobei das bestehende Konzept nicht in Frage gestellt wird.

Markus Rizzolli (SVP): Wir sind auch für Eintreten. Wir sind der Meinung, dass aufgrund des vorliegenden Konzepts ein Entscheid gefällt werden kann. Wir haben Einsicht in die Unterlagen und Berichte erhalten. Die Vorlage wurde gut ausgearbeitet. Nun erstaunt es, dass nochmals über Kosten geredet werden soll. Der genaue Kostenvoranschlag bei einer Strasse müsste dann auch jeweils angesehen werden. Es braucht keine Kommission. Wenn, dann müsste ein anderes Büro nochmals eine Kostenschätzung machen. Dann müsste danach über beide Schätzungen diskutiert werden.

Daniel Engeli (SVP): *Ich stelle den Ordnungsantrag, dass erst über Eintreten beschlossen wird.*

Reto Frei (GP): Unsere Fraktion ist für Eintreten.

Tobias Greminger (FDP): Das Konzept wurde gut angesehen und wir sind ebenfalls für Eintreten.

Heinz Schadegg (SVP): *Mit dem Fahrplanwechsel wird der Postautokurs am Sonntag,* 9. Dezember 2018 ausgebaut. Als Mitglied der Arbeitsgruppe habe ich festgestellt, dass das vorliegende Konzept als Grundlage eine gute Basis ist für das weitere Vorgehen. Diverse Varianten oder die Bedürfnisse der verschiedenen Körperschaften werde ich noch lange in Erinnerung haben. Es wurde sehr viel Papier produziert. Es musste festgestellt werden, dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann. Aber die vielleicht richtige Lösung liegt nun vor. Die Kosten waren immer auch ein Thema. Dass es ein Luxus-Problem ist, sind sich alle bewusst, denn wir sprechen hier von 4 – 5 Steuerprozenten. Es soll das Volk entscheiden können. Auch ich als Unternehmer mache eine Kostenschätzung auf die sichere Seite, das ist ein normaler Vorgang. Aber wenn die Kosten höher würden in der Ausführung, müssen wir einen Nachtragskredit beantragen. Auf der Ertragsseite haben wir die höchste Unsicherheit. Ich schenke dem Ingenieurbüro, das die Erfahrung hat, dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe das Vertrauen. Ich sehe keine Vorteile durch eine Spezialkommission.

Marcel Tanner (FDP): Vielen Dank an die Arbeitsgruppe für das Konzept. Das Büro Widmer ist ein fundiertes und sachkundiges Büro, welches gute Arbeit geleistet hat. Es muss nicht nochmals berechnet werden. Es kann auf der Basis der Grundlagen gearbeitet werden. Die Kombination des bestehenden Angebots mit den neuen drei Routen ist sehr gut. 5.3 Mio. sind sehr teuer, aber heruntergebrochen auf das Angebot ist es realistisch. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Alexandra Beck (CVP): Das Legislaturziel 2015-2019 des Ressortchefs für öffentliche Sicherheit, Hans Eschenmoser, zur Prüfung der Einführung des Ortsbusses ist erledigt. Herzlichen Dank an ihn für die gewissenhafte Leitung dieser Arbeitsgruppe zum Thema. Leider bin ich aber enttäuscht darüber, dass die Arbeitsgruppe nicht in die Erarbeitung der Kosten involviert worden ist. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum ein Konzept ohne Analyse der Kosten erstellt wurde. In der Privatwirtschaft kann doch auch nicht einfach ein Konzept ohne Kosten erstellt werden. Die Kosten wurden im Nachhinein unter Ausschluss der Arbeitsgruppe berechnet. Dass dies Erstaunen und Enttäuschung bei diesen Beträgen offen legt, ist verständlich. Ich frage mich warum nicht aufgrund der Kosten gleich von Beginn an die Arbeitsgruppe involviert wurde. Es erscheint ja klar, dass dieser Betrag für die ganze Bevölkerung horrend hoch ist. Doch was ist uns ein Busbetrieb in der künftigen Stadt Weinfelden, der gut erschlossenen Zentrumsgemeinde wert? Wo wollen wir auch künftig unser Steuergeld lieber investieren? In die Sanierung von weiteren Strassen und der dazugehörende Infrastruktur? Oder eben in einen Bus und sei es vielleicht auch in eine etwas kleinere, wie die der vorgeschlagenen Variante? Auch wenn dieser Bus zurzeit enorm teuer scheint, ich setze mich weiter für alle in der Mobilität eingeschränkten Einwohnerinnen und Einwohner von Weinfelden ein und damit auch für die Zukunft von Weinfelden. Ich wünschte mir aber, dass zusammen mit Vertretungen aus dem Parlament eine kostenverträglichere Variante für das Volk ausgearbeitet würde. Ich unterstütze deshalb den Antrag von Susanna Brüschweiler.

Markus Rizzolli (SVP): In der Kommission wurde sicher über die Kosten geredet. Das Büro hat danach die Kosten berechnet. Dies ist ein normales Vorgehen. Zudem kommt, dass nach der Versuchsphase noch Folgekosten kommen. Haltestellen müssen fix gebaut und allenfalls Strassen angepasst werden. Parkfelder müssen allenfalls weg etc. Der Bevölkerung muss klar gesagt werden, was es kostet. Es geht nicht um Fr. 100'000 auf oder ab. Es muss auch gewusst werden, was mit dem Finanzhaushalt passiert. Die Bevölkerung muss klar entscheiden können.

Martin Brenner (FDP): Was soll eine Kommission noch ausarbeiten? Es liegt eine Vorlage vor. Die Arbeitsgruppe hat eine grosse Arbeit geleistet. Nun ist eine Abstimmungsvorlage da. Es kann noch eine Option bei der Antriebsart gewählt werden. Eine Kommission kommt doch nicht zu gross anderen Schlüssen.

Tobias Greminger (FDP): Ich bin ebenfalls gegen den Antrag. Ich bin ebenfalls erschrocken, als ich die Zahlen gesehen habe. Die Arbeit wäre aber für die Füchse. Es ist eine grosse Anmassung, dass die Kommission besser rechnen kann als die Arbeitsgruppe. Es sollte auf den vorliegenden Zahlen aufgebaut werden.

Susanna Brüschweiler (EVP): Die Arbeit der Arbeitsgruppe wird als sehr gut empfunden. Es soll nicht abgewertet werden. Die Kosten sind nachvollziehbar. Die ganze Arbeit ist deshalb nicht zu Nichte. Wir wollen aber nochmals ansehen, ob es Sparpotential gibt.

Lukas Madörin (EDU): Ich bin schon ein wenig erstaunt. Eines der ersten Geschäfte über die ich in diesem Rat mitbestimmen konnte, war die neue Tribüne in der Eishalle. Wir hatten damals Mehrkosten von 30 %. Es wurde keine grosse Sache daraus gemacht. Die Kosten für den Bus, welche durch das Büro errechnet wurden, sind sehr hoch und es wird einfach Glauben geschenkt. Es hiess immer, ein Bus koste Fr. 250'000.00 pro Linie. Die jetzt errechneten Kosten belaufen sich auf Fr. 400'000.00 pro Linie. Das sind Fr. 150'000.00 mehr. Es ist nicht klar, wie die Zahlen entstanden sind. Es wurde bei einem de Lux Anbieter geschaut, der sehr gute Anstellungsbedingungen für das Personal hat und bei dem sogar die Unterhosen der Mitarbeitenden angeschrieben sind. Es sollte auf Weinfelden passen und nicht übertrieben werden. Ich befürworte deshalb die Kommission, sie soll sich die Berechnungen nochmals anschauen und nachvollziehen können.

Manuel Strupler (SVP): Die Arbeitsgruppe hatte einen Auftrag, den sie ausgeführt hat. Es wurde in Auftrag gegeben, ein den Bedürfnissen entsprechendes Angebot auszuarbeiten, mit dem für Weinfelden möglichst viel abgedeckt werden kann. Dies wurde zusammen mit einem Fachbüro gemacht. Am Schluss wurd berechnet, was dieses Angebot kostet. Nun soll eine Kommission gebildet werden, welche die Bedürfnisse anpasst, damit danach auch er Preis stimmt. Das ist doch nicht das richtige Vorgehen. Man wird danach wieder gleichweit sein. Erst kommen die Bedürfnisse und danach die Kosten. Das Stimmvolk muss danach entscheiden können, ob es sich das leisten möchte. Ich bin gegen eine weitere Kommission, lassen wir das Stimmvolk entscheiden.

Marianne Scherrer (EVP): Es wurde vom Kosten-Nutzen-Verhältnis geredet. Ich hätte ein schlechtes Gewissen, diesen Vorschlag dem Stimmvolk zu unterbreiten. Es soll eine Versuchsphase mit einer vernünftigen und nicht mit einer solchen de Lux Variante angeboten werden. Die Kommission ist deshalb angebracht.

Gemeinderat Hans Eschenmoser: Vielen Dank für die interessanten Voten. Als wir das letzte Konzept vorlegten, war es nicht recht, viel zu knapp. Früher wurde einmal von Kosten von mindestens Fr. 250'000.00 pro Bus ausgegangen. Nun wurden detaillierte Kostenschätzungen gemacht und es kamen beispielsweise die Konzession und auch Investitionskosten hinzu. Wenn sie eine Kommission einsetzten möchten, bin ich sehr gespannt, wer darin mitarbeitet und woher wir die Kompetenz nehmen, die Berechnungen richtig zu erstellen. Wer hat das Fachwissen dazu? An den Linien können wir nichts ändern. Es wurde von einer erweiterten Arbeitsgruppe, in der viele Anspruchsgruppen vertreten waren, unter anderen drei Mitglieder des Gemeindeparlaments, ausgearbeitet. Welche Fachleute sollen wir denn noch aufbieten, welche wissen, was wir machen sollen. Wir gingen völlig unbefangen an die Arbeit heran und es wurde kostenmässig ganz sicher kein Einfluss genommen. Es

können noch Korrekturen bei den Reserven gemacht werden. Zudem kann es Änderungen bei den Subventionen geben. Dies kann sich aber später auch ganz grundsätzlich verändern. Welche Leute setzen wir in die Kommission ein, die die Zukunft vorhersagen können. Gewissheit über die Kosten haben wir erst, wenn wir aufgrund der Ausschreibung Angebote vorliegen haben. Es hat auch mit dem Zeitpunkt und der Auftragslage zu tun, wie schliesslich der genaue Preis aussehen wird. Das Büro Widmer hat korrekt gerechnet und den Rechnungsweg offen gelegt. Zudem wurde heute Abend gesagt, das Konzept mit den vorgesehenen Linien sei gut bis sehr gut. Ich bitte sie, den Antrag zur Kommissionbildung abzulehnen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmuna

Der Antrag zur Bildung einer parlamentarischen Kommission mit sieben Mitgliedern zwecks Verifizierung der im Konzept ausgewiesenen Kosten und der Prüfung von preisgünstigeren Varianten / Alternativen, wobei das bestehende Konzept nicht in Frage gestellt wird, wird mit 15/13 Stimmen angenommen

Somit geht das Konzept zur Beratung in die parlamentarische Spezialkommission.

5. Verschiedenes

5.1. Eingänge

Heute gingen folgende Vorstösse ein:

- Einfache Anfrage Reto Frei (GP), Auflösung Mobility Gemeindelösung und Mobility Standort Rathaus
- Einfache Anfrage Steven Müller (JA), Granulat Kunstrasenplatz
- Interpellation Samuel Curau (JA), Einführung eines Fussgängerleitsystems
- Interpellation Martin Müller (GP), Förderung gemeinnütziger Wohnraum in Weinfelden
- Interpellation Peter Büchel (CVP), Überprüfung Verkehrskonzept Zentrum

5.2. Gratulation zum ersten Platz Minergierating

Peter Büchel (CVP): Ich gratuliere der Gemeinde ganz herzlich zum Gewinn des Minergie-Preises 2018. Das ist super und ganz toll. Vielleicht könnte die Erfassung der Heizungen noch ein wenig verbessert werden, dann wären wir noch besser.

Manuel Strupler (SVP): Alle Anwesenden sind ganz herzlich an den Glühweinstand bei der Raiffeisenbank eingeladen.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:	
Die Präsidentin	Die Vizepräsidentin
Elsi Bärlocher	Alexandra Beck
Der Stimmenzähler:	Der Stimmenzähler:
Markus Schönholzer	Fritz Streuli
Der Gemeindeschreiber:	
Reto Marty	